

Sambia: Land der unbegrenzten Möglichkeiten für deutsche Entwicklungsgelder? Recherchereise bestätigt Kritik

Im Juli und August 2016 führte FIAN Deutschland zusammen mit FIAN Sambia eine Recherchereise zu Landinvestitionen mit deutscher Beteiligung durch¹. Die konkreten Erfahrungen haben leider wieder einmal gezeigt, dass offizielle Berichte oft weit von der Realität vor Ort entfernt sind. Befürchtungen von Menschenrechtsverletzungen wurden bestätigt.

Drei Mega-Farmen in Mpongwe bereiten menschenrechtliche Probleme

Der Distrikt Mpongwe, knapp 300 Kilometer nördlich der Hauptstadt Lusaka, ist bekannt für seine fruchtbaren Böden und reichlich natürlichen Wasserresourcen. Beste Bedingungen, um vielen Menschen ein gutes Auskommen in der Landwirtschaft zu sichern. Genau hier tummeln sich jedoch auch viele Großinvestoren, die kolonialzeitliche Landkonzessionen erworben haben. Bei drei Großfarmen finanziert die deutsche Entwicklungszusammenarbeit fleißig mit.

Schon 2014 berichteten wir von brutalen Vertreibungen lokaler Bauerngemeinschaften, kurz bevor der DEG-finanzierte Agrarkonzern Zambeef die kaum bewirtschaftete 23.000 Hektar umfassende Mega-Farm Nampamba übernahm. Daher galt unser erster Besuch den Betroffenen. Sie berichteten, dass sich ihre Situation weiter verschlechtert hat. Francis Kamanda zum Beispiel bewirtschaftete vor der Vertreibung 31 Hektar Land. Er rutscht immer weiter in die Armut ab und kann es sich nun nicht mehr leisten, seine Kinder weiter zur Schule zu schicken. Aktuell kann er sich nur die teure Pacht für einen Hektar Land weit entfernt von seinem Haus aufbringen. Der Ertrag reicht gerade einmal um nicht zu verhungern. Besonders empört ihn, dass seit nunmehr sechs Jahren das Land brach liegt, von dem sich seine Familie gut ernähren konnte und dann vertrieben wurde. Er fordert die DEG auf: "Stoppt die Zambeef-Finanzierung oder bringt Zambeef dazu, uns das Land zurückzugeben!" Bei unserem Treffen mit dem Distriktvorsteher erfuhren wir von einem neuen Landkonflikt auf einer anderen 12.000 Hektar umfassenden Farm von Zambeef. Als wir vor Ort ankamen. berichteten uns Bauern, dass sie mehrfach unter Androhung von Gewalt aufgefordert wurden, ihr Land zu verlassen. Einige der Familien leben hier seit über zehn Jahren und haben von dem lokalen Chief das Land zugeteilt bekommen – mit Erfolg (siehe Bild 2). Der Verlust ihres Landes würde sie wieder in die Armut treiben.





Das letzte Treffen in Mpongwe galt 93 Mitgliedern einer Bauerngemeinde von knapp 2.000 Menschen, die im westlichen Randgebiet der 12.000 Hektar großen Farm Somawhe leben. Der dahinter stehende Finanzinvestor Agrivision hatte vor fünf Jahren einen 10 Millionen Dollar Kredit von einem Investmentfonds des deutschen Entwicklungsministeriums erhalten (siehe auch FoodFirst 2/2014 und 1/2015).

Gemeindemitglieder berichten bei dem Treffen, dass sie schon in der Vergangenheit von ihrem Land weiter in der Farm gelegen gewaltsam vertrieben wurden und Eigentum, wie Häuser oder eine Maismühle, ohne Entschädigung zerstört wurde. Als Agrivison 2014 neue Expansionspläne veröffentlichte, die eine Vertreibung der gesamten Dorfgemeinschaft bedeutet hätten, forderte FIAN das BMZ auf, den Investor von den Expansionsplänen abzubringen. Uns wurde dann versichert, dass neue Expansionspläne nicht die Gemeinde beträfen, eine Demarkationslinie



¹ Die Reise beinhaltete auch Besuche bei anderen Agrarprojekten der EU und des BMZ sowie Landkonflikten ohne deutsche Beteiligung. Dieser Bericht erwähnt aus Platzgründen nur die Landinvestitionen mit deutscher Beteiligung.

vereinbart wäre und den lokalen Behörden vorläge. Unsere Recherchen ergaben jedoch, dass diese nicht vorhanden ist. "Wir haben keine Sicherheit, dass wir hier leben dürfen", bestätigten uns auch die BäuerInnen. Als dann auf Druck von FIAN im Februar 2016 eine Überprüfungsreise durchgeführt wurde, versprach Agrivision, der Gemeinde einen eigenen Landtitel zu übertragen. Vor Ort gab uns der Distriktvorsteher jedoch andere Informationen. Man könne das Land nicht unterteilen, da der Landtitel als Sicherheit bei einer Bank hinterlegt sei. Das Farmmanagement lehnte Treffen dazu ab, versprach aber, sich später telefonisch auszutauschen. Dies kam jedoch nie zustande, da man keine unserer Mailanfragen beantwortete. Nun befürchten wir, dass der Investor den Konflikt aussitzt, bis im Oktober das 5-Jahres-Darlehen an den deutschen Entwicklungsfonds zurückgezahlt wird. FIAN wird nachhaken und dem BMZ eine menschenrechtliche und entwicklungspolitische Bewertung dieser Investition vorlegen.

Einwicklungshilfe im Herz des sambischen **Agribusiness**

In Mkushi, dem selbsternannten Herzen des sambischen Agribusiness, besuchten wir eine Gemeinde, die inmitten kommerzieller Großfarmen liegt. Auch hier spielt der BMZfinanzierte Investor Agrivision eine zentrale negative Rolle. Als wir ankamen, war unser Plan, die Armensiedlung zu den Arbeitsbedingungen auf der Agrivison-Farm zu befragen, da wir 2014 Hinweise zu dortigen Arbeitsrechtsverletzungen bekommen hatten.

Dieser Plan wurde jäh durchkreuzt. Nach dem ersten Gespräch wurde schnell klar, dass die Gemeinde in einer akuten Notlage steckt. In den letzten Monaten wurde ihnen verboten, das wenige Land um ihre Häuser zu bewirtschaften, da Agrivison das Land von der Bahngesellschaft TAZARA gekauft habe (Bild 4). "Das Ackerland wurde uns weggenommen. Wir bewirtschaften nichts mehr. Nun ist es schwierig an Essen zu kommen", so eine Slumbewohnerin. "Wir wollen das Land bewirtschaften, damit unsere Kinder nicht stehlen gehen."

Zudem wurde uns berichtet, dass in zwei Tagen Bulldozer kommen sollen und die BewohnerInnen bis dahin an einem anderen Ort ohne Häuser und Wasserversorgung zu verschwinden haben. Wir haben umgehend Kontakt mit der Bahngesellschaft und der Provinzregierung aufgenommen und zumindest einen Aufschub der gewaltsamen Räumung und ein Treffen aller Betroffenen arrangieren können. Auch haben wir die Botschaft und das BMZ informiert und zum dringenden Handeln aufgerufen. Weitere

Zum Schluss wurde dann doch noch die makaber niedrige Bezahlung von Gelegenheitsarbeit auf der Agrivision-Farm festgehalten. Für das Sammeln eines 50-Kilo-Sacks von Wild-Nüssen, die für die maschinelle Sojaernte ein Problem darstellen, werde ihnen 50 Ngwee gezahlt (5,50 Ngwee sind etwa 5 Cent).

Mega-Plantage im Norden

Zu guter Letzt führte uns die Reise tief in den Norden in die Provinz Mpika. Hier hatte die Zambeef-Tochter Zampalm 20.000 Hektar Land in einem Sumpfgebiet für

eine Palmölplantage erworben. Zusammen mit der niederländischen Entwicklungsbank FMO finanzierte die DEG 2013 deren Expansion mit einem 10 Millionen US-Dollar-Kredit.

Ehemalige FarmarbeiterInnen berichteten uns, dass sie weit unter dem nationalen Mindestlohn bezahlt würden. "Als ich dort gearbeitet habe, habe ich 250 Kwacha [etwa 25 Euro] im Monat verdient.

Damit konnte ich meine Kinder nicht versorgen." berichtet eine ehemalige Plantagenarbeiterin. Viele, die wir sprechen, sind ausgestiegen und versuchen an Land zu kommen um wieder selbst Landwirtschaft zu betreiben. Das sei allerdings schwierig, da Zampalm hier so viel Land genommen hat.

Überprüfung menschenrechtlicher Folgen mangelhaft

Letztendlich muss festgehalten werden, dass bei allen der fünf besuchten Landflächen menschenrechtliche Probleme dokumentiert wurden. Diese waren den beteiligten deutschen Akteuren in der Mehrzahl überhaupt nicht bekannt. So hat die Reise nach Sambia deutlich gezeigt, dass intensive menschenrechtliche Recherchearbeit sehr wichtig ist. Ohne unsere Arbeit würden die geschilderten Probleme und Verletzungen von Menschen- und Arbeitsrechten kaum bekannt sein.

Auch wurde deutlich, dass die vorhandenen Mechanismen bei der deutschen Botschaft in Sambia und dem Entwicklungsministerium nicht ausreichen, um diese verbreiteten Probleme zu erkennen und zu beheben. Eine schon lange versprochene effektive Menschenrechtsprüfung von Entwicklungshilfeprojekten fehlt bis heute und sollte endlich umgesetzt werden.

